

Kostenexplosion bei Energie einrechnen

Fraktionen CDU und Weimarwerk fordern vom OB umfassende Folgenabschätzung der aktuellen Entwicklung



Nebeneffekt: Mit dem Abriss der Hartschule muss Weimar einen Energiefresser nicht mehr beheizen.

FOTO: MAIK SCHUCK

Weimar. Noch am Freitag will Weimars Oberbürgermeister Peter Kleine den Entwurf für den Stadthaushalt den Ratsfraktionen zukommen lassen. Eine aktuelle Anfrage der Fraktionen CDU und Weimarwerk könnte dessen Inhalt noch einmal in Frage stellen.

Mit Verweis auf den Städte- und Gemeindebund (DStGB) haben die Fraktionen vom Oberbürgermeister eine umfassende Folgenabschätzung der „Explosion der Energiepreise“ gefordert. Schon 2021 hätten die Kommunen ein Defizit von 8,5 Milliarden Euro eingefahren. In der jüngsten Stellungnahme des DStGB heiße es: „Strom, Gas und Heizöl werden immer teurer, eine Entspannung ist nicht in Sicht.“

Für 2021 habe der Wohnnebenkostenreport des IW einen Sprung bei den Nebenkosten von elf Prozent vorausgesagt. Zwar sei der Einfluss der Kommunen auf die Preise begrenzt, dennoch müssten auch sie die Folgen finanzieren. In den Haushalten kommen sie für die Bewirtschaftung der eigenen Gebäude inklusive Schulen auf, über die Sozial-etats beispielsweise für Wohn-geld.

Die Fraktionen von CDU und Weimarwerk im Stadtrat wollen mit einer Anfrage deshalb erfahren, wie sich die Stadt auf die Situation einstellt. Es geht sowohl um eine Auswertung von 2021 und eine Prognose für 2022. Gefragt wird nach den Auswirkungen für den Sozial-Etat

2022 und um eine Einschätzung für die Gestaltungsspielräume der Stadtverwaltung in der Kostenstruktur, im Ausschöpfen von Effizienzreserven und um Maßnahmen zur Energieeinsparung in städtischen Gebäuden. Nicht zuletzt fragen die Fraktionen nach Maßnahmen, um den Haushalt auf die enormen Mehrkosten vorzubereiten.

Im Januar hatte Peter Kleine prognostiziert, dass die Kosten der Stadt für Strom und Gas unter anderem zur Versorgung von Schulen oder eigener Verwaltungsgebäude um eine Million Euro steigen werden. In einem Jahr schlage sich das dann bei den Mietern nieder – und bei der Stadt in steigenden Sozialleistungen (wir berichteten). mb